



Unternehmensfinanzierung

AKTUELL

26. August 2021

Überblick

Die deutsche Wirtschaft befindet sich weiter auf Wachstumskurs. Mit Blick auf die zweite Jahreshälfte wirken sich sowohl der Anstieg der Infektionszahlen sowie verschärfende Lieferengpässe bremsend auf die Prognosen aus.

2

Die in diesem Jahr deutlich erhöhte Inflationsrate sollte im nächsten Jahr wieder sinken. Aus heutiger Sicht bestehen gute Chancen, dass sich die Teuerungsrate dann um das von der Europäischen Zentralbank angestrebte Inflationsziel von 2 % einpendelt.

2

Mittelstand und Industrie blicken – unterstützt durch die niedrige Zahl an Unternehmensinsolvenzen – weiter optimistisch auf die kommenden Monate, doch bleiben zahlreiche Ungewissheiten. Zur Finanzierung der Transformation zu einer nachhaltigen und digitalen Wirtschaft müssen zeitnah Weichen nicht zuletzt auch für die Banken gestellt werden.

4

Während die Kreditvergabe auf niedrigem Niveau verharrt und erst durch die vollständige Überwindung der Krise mit einem Anziehen der Nachfrage gerechnet werden kann, bleiben Zugang und Vergabe von Krediten entspannt.

6

Die Diskussion um die Einführung eines Digitalen Euros enthält auch wichtige Komponenten für die Unternehmensfinanzierung – ein vom Bankenverband initiiertes Positionspapier der Deutschen Kreditwirtschaft sorgt für Aufklärung.

9

Konjunkturelle Entwicklungen in Deutschland

Wirtschaftswachstum spiegelt Schwankungen im Pandemieverlauf wider

Nach einem deutlichen Rücksetzer bei der gesamtwirtschaftlichen Leistung zum Jahresauftakt (in den ersten drei Monaten sank die gesamtwirtschaftliche Leistung preis- und saisonbereinigt um -2,0 % gegenüber dem Vorquartal) ist die deutsche Wirtschaft im zweiten Quartal dieses Jahres wieder auf einen klaren Wachstumskurs zurückgekehrt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg gegenüber der Vorperiode um 1,6 %. Diese Entwicklung spiegelt zum größten Teil den Verlauf des Pandemiegeschehens in Deutschland wider. Mit dem Abflauen der dritten Covid-19-Welle und den Fortschritten in der Impfkampagne in Deutschland wurden im Laufe des zweiten Quartals 2021 auch wirtschaftliche Beschränkungen wieder gelockert, insbesondere im stationären Handel, dem Gastgewerbe, der Reisebranche sowie bei zahlreichen Freizeitaktivitäten.

Nimmt man die verfügbaren Frühindikatoren mit in den Blick, dann ist für das laufende dritte Quartal 2021 fest von einem weiteren kräftigen Wachstumsschub auszugehen. Das Plus beim BIP könnte sogar mehr als doppelt so stark ausfallen wie im zweiten Quartal dieses Jahres. Etwas unsicherer sind inzwischen allerdings wieder die Prognosen für das Schlussquartal geworden. Aus heutiger Sicht ist zum Jahresende zwar weiterhin mit einem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Leistung zu rechnen; das prognostizierte Plus wurde in vielen Vorhersagen aber wieder reduziert und liegt zum Teil deutlich unter der im zweiten Quartal 2021 erreichten Rate von 1,6 %.

Prognoseunsicherheit zum Jahresende wieder gestiegen

Die wieder zunehmende Unsicherheit für den Konjunkturausblick zum Jahresende hat vor allem zwei Ursachen. Zum einen die weltweit wieder zunehmenden Infektionszahlen, die vor allem auf Virusmutationen zurückzuführen sind. Zum anderen klagen gerade in der global besonders stark vernetzten deutschen Wirtschaft immer mehr Unternehmen über Liefer- und Produktionsengpässe. Hinzu kommt, dass sich laut einer aktuellen Umfrage des Münchner Ifo-Instituts auch wieder der Fachkräftemangel in den Produktionsplänen vieler Unternehmen bemerkbar macht. Fehlende Vorprodukte – insbesondere Halbleiter – und Rohstoffe führen bereits aktuell zu gewissen Produktionseinschränkungen, und eine nennenswerte Entspannung ist zumindest für dieses Jahr nicht in Sicht.

Für das Gesamtjahr 2021 lässt der Bankenverband die wirtschaftliche Wachstumsprognose zunächst unverändert bei 3,5 bis 4 %, wobei die Wahrscheinlichkeit, am unteren Rand der Spanne zu landen, zuletzt größer geworden ist. Im Rahmen dieser Prognose wird beim BIP in Deutschland das Vorkrisenniveau – also der Stand von Ende 2019 – bereits im dritten Quartal dieses Jahres wieder erreicht werden. Eine überarbeitete Prognose, die auch einen detaillierten Ausblick für das Jahr 2022 liefert, wird der Bankenverband am 22. September dieses Jahres veröffentlichen.

Inflationsrate wird im nächsten Jahr wieder sinken...

Mit der wirtschaftlichen Erholung und den sich weltweit bemerkbar machenden Lieferengpässen ist es zu einem deutlichen Auftrieb bei der Preisentwicklung gekommen. In Deutschland kommen noch Sonderfaktoren, wie die höhere CO₂-Bepreisung zum Jahres-

beginn sowie Verzerrungen durch die zuvor im zweiten Halbjahr 2020 reduzierte Mehrwertsteuer hinzu. Bis zum Jahreswechsel wird die Inflationsrate hierzulande sogar über das aktuelle Zwischenhoch von 3,8 % (Juli 2021) steigen – laut Deutscher Bundesbank ist in der Spitze sogar eine Rate von bis zu 5 % möglich. Das Auslaufen der erwähnten Sondereffekte und eine Beruhigung bei der Rohstoffpreisentwicklung wird aber im nächsten Jahr für eine deutlich niedrigere Inflationsrate sorgen. Aus diesem Grund sehen fast alle Ökonomen in den aktuell hohen Inflationsraten nur einen vorübergehenden Effekt. Für den gesamten Euroraum ist daher bislang noch Konsensmeinung, dass die Inflationsrate im kommenden Jahr wieder sichtbar unter dem Inflationsziel der Europäischen Zentralbank (EZB) von 2 % liegen wird.

... mit der Chance, sich auf dem Zielniveau der EZB einzupendeln

Aktuell werden die Inflationsprognosen für die kommenden beiden Jahre sowohl für Deutschland als auch für den Euroraum vereinzelt etwas angehoben. Diese Änderungen werden meist mit allmählich durchsickernden strukturellen Faktoren begründet, wie zum Beispiel mit den im Zuge notwendiger klimapolitischer Maßnahmen wohl weiter anziehenden Energiepreisen bzw. mit dauerhaften Veränderungen in den globalen Produktions- und Lieferketten. Letzteres bedeutet zum Beispiel, dass Unternehmen zur Sicherung ihrer Produktionsprozesse erwägen, Lieferketten räumlich zu verkürzen und die Lagerhaltung zu erhöhen. Beides wäre mit höheren Produktionskosten verbunden, die sich gegenwärtig – wegen Nachfrageüberhängen und der seit dem Pandemiebeginn in vielen Eurostaaten gestiegenen Ersparnisse der privaten Haushalte – von den Unternehmen besser an die Verbraucher weiterreichen lassen, als in den vergangenen Jahren.

Der ausschlaggebende Faktor für die Preisentwicklung in den kommenden Jahren wird allerdings die Arbeitsmarkt- und Lohnentwicklung sein. Bezüglich der Entwicklung am Arbeitsmarkt lässt sich konstatieren, dass die Eurostaaten bislang etwas besser durch die Corona-Krise gekommen sind, als lange Zeit befürchtet. Auch der demografische Wandel und der inzwischen wieder etwas stärker in den Blickpunkt rückende Fachkräftemangel dürfte in den kommenden Jahren in Deutschland und einigen anderen Ländern der Währungsunion zu tendenziell etwas höheren Lohnanpassungen führen. Auf der anderen Seite wird der Anteil der strukturellen Arbeitslosigkeit im gesamten Euroraum in den nächsten Jahren vergleichsweise hoch bleiben, so dass eine sich verselbstständigende Lohn-Preis-Spirale weiterhin ein wenig wahrscheinliches Risikoszenario bleibt.

Nimmt man alles zusammen, dann könnte sich bei der Preisentwicklung in Deutschland und im gesamten Euroraum in den kommenden zwei Jahren die gesamtwirtschaftlich sehr erfreuliche Situation ergeben, dass Raten erreicht werden, die dem mittelfristigen EZB-Ziel entsprechen. Dies wäre übrigens ein Szenario, dass auch an den Aktien- und Anleihemärkten recht moderate, vor allem aber keine sprunghaften Anpassungen auslösen würde. Erst recht, wenn die EZB dann eine glaubhafte Perspektive aufzeigen würde, wie sie ihre expansive Geldpolitik langfristig und in kalkulierbaren Schritten drosselt.

Lage der Unternehmensfinanzierung

Ausblick trotz anhaltender Ungewissheiten weiterhin positiv

Parallel zu den Konjunkturerwartungen nimmt die Stabilisierung der allermeisten Unternehmen angesichts der wachsenden Impfquote sowie steigender Nachfrage weiter zu, doch bestehen aufgrund des unklaren Verlaufs einer möglichen vierten Infektionswelle, wie sie in einzelnen Schwellenländern bereits im vollen Gange ist, weiter Unsicherheiten. Hiervon wären erneut die von der Corona-Pandemie ohnehin schon geschwächten Branchen im Dienstleistungssektor betroffen, während Industrie bzw. verarbeitendes Gewerbe in erster Linie eine Zuspitzung der Lieferengpässe fürchten. Trotz dieser Warnsignale blickt die überwiegende Mehrheit der Unternehmer zuversichtlich auf die kommenden Monate und die Unternehmensstimmung erreichte in der Eurozone zuletzt den höchsten Stand seit über 15 Jahren.

Weiterhin Entwarnung bei Unternehmensinsolvenzen

Gestützt wird diese Einschätzung durch die anhaltend niedrige bis rückläufige Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen: Laut aktuellen Daten des Statistischen Bundesamts fiel die Anzahl an Firmenpleiten im Mai 2021 um 25 % gegenüber dem Vorjahr. Auch die Zahl der beantragten Regelin insolvenzen stagniert auf einem ähnlich niedrigen Niveau wie im Vormonat bzw. Vorjahresmonat. Einzig bei der Höhe der Forderungen der Gläubiger ist laut Amtsgerichten ein Anstieg zu verzeichnen (7 Mrd. Euro im Vergleich zu 3,1 Mrd. Euro im Vorjahr), was Rückschlüsse auf die Größe der in der Insolvenz befindlichen Unternehmen geben könnte. Nach wie vor dürften die Auswirkungen der staatlichen Stützungsmaßnahmen, wie insbesondere der Corona-Hilfen, sowie das Aussetzen der Insolvenzantragspflicht bei Unternehmenskrisen aufgrund der Corona-Pandemie bis Mai 2021 maßgeblich für die sinkenden Insolvenzen sein. Aber auch die Verzögerungen bei der Datenerhebung aufgrund der mitunter langen Bearbeitungszeiten in den Insolvenzgerichten sowie die rückläufigen Gewerbeanmeldungen der vergangenen Jahre spielen eine wichtige Rolle bei den überraschend niedrigen Insolvenzmeldungen. Für die kommenden Monate ist ein Anstieg der Unternehmensinsolvenzen nach wie vor nicht auszuschließen, doch dürfte dieser moderater ausfallen als noch vor kurzem befürchtet. Die von der Bundesregierung bereits beschlossene Aussetzung der Insolvenzantragspflicht für die Opfer der Juli-Hochwasser wird sich aufgrund der sehr engen Voraussetzungen voraussichtlich kaum auf die Insolvenzzahlen auswirken.

Dramatisch, wenn auch lokal begrenzt, sind hingegen die unmittelbaren Auswirkungen der Flutkatastrophe in Westdeutschland. Die dort konstatierte Mehrfachbetroffenheit aus Corona-Folgen, Lieferengpässen und zuletzt existenzbedrohendem Hochwasser bringen zahlreiche mittelständische Betriebe in enorme Bedrängnis. Aufgrund der schnellen Soforthilfe und Maßnahmen von Bund, Länder, Förderinstituten aber auch [Banken](#) wird sich zwar das ein oder andere Schicksal abwenden lassen, doch die langfristigen Schäden – insbesondere im Infrastrukturbereich – werden die betroffenen Regionen noch länger begleiten und dort ansässige Unternehmen entsprechend beeinträchtigen.

Richtige Weichenstellung für Aufbau und Transformation

Branchenübergreifend zurückhaltend hat sich zuletzt die Nachfrage nach Liquiditätshilfen der KfW bzw. den Unternehmenshilfen des Bundes entwickelt. Seit Jahresanfang wurden über 40 Mrd. Euro an Hilfen bereitgestellt, davon knapp 7 Mrd. Euro in Form der KfW-Corona-Kredite und über 31 Mrd. Euro mittels nicht-zurückzahlbarer Zuschüsse, zuletzt überwiegend in Form der Überbrückungshilfe III. Die Rolle der privaten Banken bleibt bei der Vergabe der Hilfskredite weiterhin bedeutsam: Seit Beginn der KfW-Corona-Hilfen haben diese jeden fünften Antrag begleitet und über ein Drittel des beantragten Förderolumens finanziert.

Mit dem geplanten Auslaufen der Unterstützungsprogramme bis Ende des Jahres geht eine Neuausrichtung der Mittelstandsfinanzierung einher, die einen starken Fokus auf die Finanzierung der Transformation hin zu einer nachhaltigen und digitalen Wirtschaft legt. Corona mag zwar als Katalysator für deren Relevanz gewirkt haben, doch wurden und werden seitens vieler Unternehmen aufgrund der langanhaltenden und letztlich noch nicht überwundenen Ungewissheit wichtige Investitionen weiterhin verzögert. Um den Wiederaufbau und die Transformation nicht zu gefährden bedarf es nunmehr – trotz oder gerade wegen der anstehenden Bundestagswahl und den sich anschließenden Koalitionsverhandlungen – frühzeitig politischer Impulse, verdeutlicht anhand folgender drei Beispiele:

- Notwendig ist eine überzeugende steuerpolitische Strategie, um Investitionsanreize für die Unternehmen in Deutschland zu schaffen. Mit einer [Reform der Unternehmensbesteuerung](#) könnte die überdurchschnittliche Steuerbelastung der Unternehmen gesenkt und gleichzeitig den Anforderungen auf OECD- bzw. G20-Ebene entsprochen werden.
- Die Finanzierung des Strukturwandels wird zu einem großen Anteil mit Krediten finanziert. Die Möglichkeiten der Kreditvergabe werden jedoch durch die stetig steigende Bankenabgabe nachhaltig beschnitten. Derzeit wird die bis Ende 2023 zu erreichende Zielausstattung des Einheitlichen Abwicklungsfonds (SRF) auf 70 bis 80 Mrd. Euro geschätzt. Der Fonds verfügt derzeit über Mittel in Höhe von 52 Mrd. Euro. Würde man auf den ursprünglich avisierten und als ausreichend erachteten Betrag von 55 Mrd. Euro abstellen, könnte ein enormes Volumen für die zusätzliche Kreditvergabe bereitgestellt werden.
- Parameter, wie die seit Jahren bestehende Gruppenumsatzgrenze von 500 Mio. Euro in vielen KfW-Programmen, stehen der Intention einer breiten Anwendung und zielgenauer Finanzierungsangebote für sämtliche Branchen und Größenklassen entgegen. Unternehmen dieser Größenordnung stehen für ein Drittel des Umsatzes in Deutschland. Eine Anhebung der Obergrenze oder qualitative Bedingungen (wie fehlende Kapitalmarktfinanzierung) könnten wichtige, risikobehaftete Investitionen voranbringen.

Stabile Kreditinstitute für die Transformationsfinanzierung

Banken können und wollen ihrerseits einen entscheidenden Teil zur Finanzierung der Transformation beitragen und stehen ihren Unternehmenskunden solide kapitalisiert und verlässlich beratend zur Seite. Oftmals haben sie bei der Implementierung von Nach-

haltigkeitsaspekten eine entscheidende Rolle. Somit geht es zwar nicht ohne Banken, aber auch nur gemeinsam mit dem Kunden. Aufgrund des verbesserten wirtschaftlichen Ausblicks sowie überwiegend stabiler Kreditportfolien ist die Risikovorsorge im Kreditgeschäft privater Banken in den ersten beiden Quartalen 2021 zurückgegangen – auch dies ein wichtiger Indikator für eine einsetzende Normalisierung. Gleichzeitig muss aber auch berücksichtigt werden, dass für das Krisenjahr 2020 noch nicht sämtliche Jahresabschlüsse vorliegen und zugleich die Tilgung der Hilfskredite für Unternehmen erstmals Ende des Jahres ansteht – beide Aspekte könnten somit zum Jahresende hin weitere Erkenntnisse über die tatsächliche Verfasstheit einzelner Unternehmen liefern.

Kreditnachfrage erneut rückläufig

Das ausstehende Kreditvolumen von Unternehmen und Selbstständigen hat sich im zweiten Quartal 2021 im Vergleich zum Vorquartal verringert.

Kredite an inländische Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständige (Ohne Wohnungsbau sowie ohne Finanzierungsinstitutionen und Versicherungen)

Quartal	Insgesamt*	Kreditbanken	Spar-kassen	Landesbanken	Kreditgenossen
Stand Quartalsende in Mrd. €					
Q1/2020	1.000,52	306,02	284,67	116,35	204,36
Q2/2020	1.015,06	309,15	287,96	115,41	206,63
Q3/2020	1.008,45	296,74	290,47	113,00	209,72
Q4/2020	1.004,14	289,98	292,00	109,75	211,86
Q1/2021	1.023,52	296,39	294,22	116,00	215,39
Q2/2021	1.010,26	288,76	295,18	108,04	216,83
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)					
Q1/2020	5,7	5,4	4,3	2,5	5,2
Q2/2020	5,2	3,0	4,4	1,2	4,6
Q3/2020	4,2	0,9	4,2	-1,7	4,9
Q4/2020	3,6	-1,4	4,0	-3,5	5,3
Q1/2021	2,3	-3,1	3,4	-0,3	5,4
Q2/2021	-0,5	-6,6	2,5	-6,4	4,9
Nachrichtlich: Veränderungen gegenüber Vorquartal (in %)					
Q1/2020	3,2	4,1	1,4	2,3	1,6
Q2/2020	1,5	1,0	1,2	-0,8	1,1
Q3/2020	-0,7	-4,0	0,9	-2,1	1,5
Q4/2020	-0,4	-2,3	0,5	-2,9	1,0
Q1/2021	1,9	2,2	0,8	5,7	1,7
Q2/2021	-1,3	-2,6	0,3	-6,9	0,7

*Zum Berichtskreis gehören zusätzlich Realkreditinstitute, Bausparkassen und Banken mit Sonderaufgaben.

Quelle: Deutsche Bundesbank, August 2021.

Für die Entwicklung im Vergleich zum Vorjahresquartal gilt: Gegenüber dem damals sehr hohen Kreditvolumen verzeichneten die Banken insgesamt mit -0,5 % (erstmalig seit

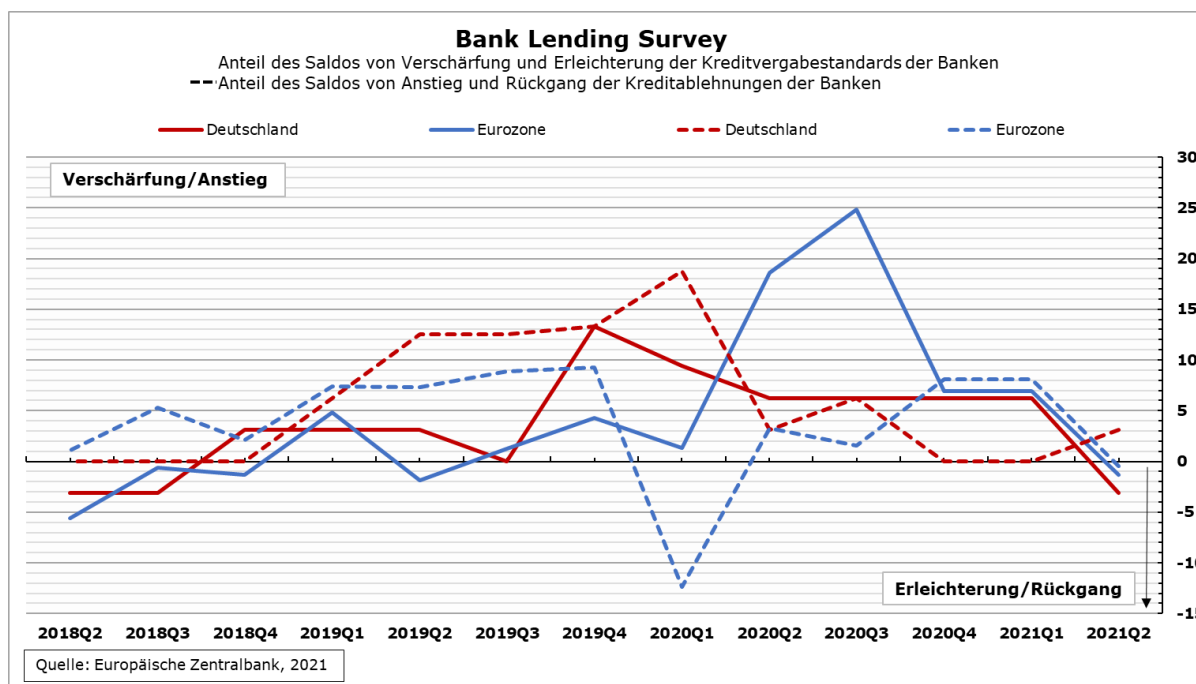
2014) ein negatives Wachstum. Trotz der historisch niedrigen Zinssätze bleibt die Nachfrage derzeit gering und vor allem mittlere und große Unternehmen verfügen augenblicklich über ausreichende Finanzierungsmittel. Die beobachtbare Volatilität bei kurzfristigen Krediten hält an (+8 % im ersten, - 6,8 % im zweiten Quartal 2021), während insbesondere langfristige Kredite weiter ein moderates Wachstum verzeichnen. Dies lässt sich vor allem mit dem ungebrochenen Bedarf nach Unternehmenskrediten für den Wohnungsbau erklären.

Der Aufschub in der Kreditnachfrage zeigt sich auch bei den privaten Banken: Insbesondere im Vergleich zum Vorjahr geht das ausstehende Volumen um über 6 % zurück, was mit dem sprunghaften Anstieg der Kreditnachfrage während der ersten Infektionswelle im ersten Halbjahr 2020 zu erklären ist. Nach einem starken Wachstum im 1. Quartal 2021 ist auch bei der Quartalsbetrachtung die Nachfrage erkennbar rückläufig und steht eine Trendwende weiter aus. Abgemildert sind die Einbrüche bei Großbanken (Entwicklung zum Vorquartal: -1,5 %, zum Vorjahr: -1,7 %), während Auslandsbanken (Vorquartal: -4,6 %, Vorjahr: -13,4 %) zurückfallen. Das Volumen emittierter Unternehmensanleihen wuchs dagegen im 2. Quartal 2021 um weitere 3,7 %, gegenüber Vorquartal. Damit setzt sich der Trend fort, dass bei größeren Unternehmen Anleihen einen immer wichtigeren Beitrag zur Finanzierung darstellen.

Zugang und Vergabe von Unternehmenskrediten stabil

Dass die stagnierende Kreditnachfrage ihren Ursprung eher in einer Sättigung und weniger in Zugangs- oder Vergabebedingungen haben, bekräftigen Banken und Unternehmen gleichermaßen in ihren Einschätzungen für die kommenden Monate:

Aufseiten der Kreditinstitute bestätigen die im aktuellen Bank Lending Survey der EZB befragten deutschen Banken für das vergangene Quartal eine Lockerung der Kreditrichtlinien. Gleichzeitig weisen die Erwartungen für das dritte Quartal 2021 auf ein leichtes Anziehen der Zugangsbedingungen hin. Anders als in den vergangenen zwölf Monaten sind aktuell keine Diskrepanzen zu den erwarteten Entwicklungen in der Eurozone erkennbar. Insgesamt bleibt die erwartete Nachfrage nach Unternehmenskrediten konstant und es hat insbesondere der Anteil langfristiger Finanzierungen, beispielsweise für Umfinanzierungen, Anlageinvestitionen sowie Fusionen zuletzt zugenommen. Signifikant abgeflacht sind indes die Verschärfungen der Kreditvergabestandards bzw. der Anstieg der Kreditablehnungen. In der aktuellen Situation erhalten Unternehmen also ganz überwiegend die bei ihren Hausbanken angefragten Finanzierungen. Jetzt kommt es darauf an, die politischen Rahmenbedingungen richtig zu gestalten, damit Banken auch für die zukünftige Transformation der Wirtschaft ein möglichst weitgehendes Finanzierungsangebot darstellen können.



Ein ähnliches Bild geben in der aktuellen KfW-ifo-Kredithürde auch die befragten Unternehmen wieder. Demnach lässt sich die rückläufige Kreditnachfrage der Großunternehmen und des Mittelstands nach den Höchstständen Mitte 2020 auch im zweiten Quartal 2021 damit erklären, dass trotz einer robusten Krisenbewältigung Unternehmen branchenübergreifend aufgrund der steigenden Infektionen sowie von Angebotsengpässen und steigenden Rohstoffpreisen gegenwärtig noch zurückhaltend sind. Der Fokus liegt – wenn überhaupt – auf Investitionskrediten. Der Zugang zu Bankkrediten hat sich aus Sicht der großen Unternehmen nur leicht verschärft, aus Sicht des Mittelstandes ist er sogar leichter geworden.

Relevanz des digitalen Euro für die Unternehmensfinanzierung

Herausforderungen im Geldsystem...

Unser Geldsystem wird gegenwärtig von drei signifikanten Trends herausgefordert bzw. in Frage gestellt: Erstens ist, verstärkt durch die Pandemie, ein verändertes Verbraucherverhalten durch vermehrtes digitales Bezahlen und dem Rückgang der Nutzung von Bargeld erkennbar. Zweitens wächst perspektivisch die Konkurrenz sowohl durch private alternative Bezahlmethoden (z. B. der Diem-Association) als auch durch ausländische digitale Zentralbankwährungen, die sich zurzeit in Entwicklung befinden (z. B. digitaler Yuan). Drittens entsteht mit der Industrie 4.0 ein enormer Bedarf nach neuen, Blockchain-basierten Geschäftsprozessen und Automatisierungen mittels der Distributed-Ledger-Technologie (DLT), wodurch programmierbare Zahlungen wichtiger werden.

...mit großen Potenzialen für die künftige Unternehmensfinanzierung

Hieraus lassen sich zwei Implikationen ableiten: Einerseits ist ein Rückgang der Verwendung von Zentralbankgeld bei gleichzeitig häufigerer Nutzung von Giralgeld erkennbar. Dies könnte sich negativ auf die internationale Rolle des Euro auswirken, da dieser durch privates bzw. ausländisches digitales Zentralbankgeld (Central Bank Digital Currencies, CBDCs) ersetzt und damit die (Währungs-)Souveränität Europas gefährdet werden könnte. Andererseits steckt im Bedarf der Industrie 4.0 ein enormes Potenzial für Banken und deren Kunden, da die Transformation der Wertschöpfung auf die Blockchain (u. a. mittels einer Tokenisierung von Assets) sowie die Nutzung von programmierbaren Zahlungen zu enormen Effizienzsteigerungen führen kann. Insbesondere Giralgeldtoken, also die tokenisierte Form des heutigen Giralgelds für programmierbaren Zahlungsverkehr, könnte Vorteile für Firmenkunden mit sich bringen, indem hochskalierbare, automatisierte und DLT-basierte Transaktionen genutzt würden. Dies könnte beispielsweise signifikante Kosteneinsparungen durch Reduktion der Working Capital Costs mit sich bringen.

Die Deutsche Kreditwirtschaft hat unter Projektleitung des Bankenverbands das Positionspapier „[Europa braucht neues Geld – Das Ökosystem aus CBDC, Giralgeldtoken und Triggerlösung](#)“ zum digitalen Euro veröffentlicht, das dieses Thema im Detail beleuchtet.